

# Globalisierung von Sozial- und Umweltstandards

*Alexander Fonari und Norbert Stamm*

Globalisierung menschen- und umweltgerechter zu gestalten ist eines der Hauptanliegen des Eine Welt Netzwerkes Bayern. Deshalb ist das Projekt ‚Globalisierung von Sozial- und Umweltstandards‘ inhaltlicher Schwerpunkt der Eine Welt-Arbeit in Bayern.

Wesentlicher Bestandteil des Projektes sind die bayernweiten Runden Tische zu den beiden Themenfeldern

- Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen
- Kommunen und Eine Welt: Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung.

Mit für den jeweiligen Themenkomplex relevanten Akteuren wird ein Dialog über die verstärkte Berücksichtigung von Sozial- und Umweltstandards auf den Weg gebracht. Diese Runden Tische finden jeweils im Herbst statt; ihre Ergebnisse werden publiziert. Regelmäßig erscheinen Informationsbriefe zum Projekt und für die über 2.000 bayerischen Kommunen werden dezentrale Informationsseminare angeboten. Ziel ist es, den öffentlichen Willensbildungsprozess für eine stärkere Umsetzung von Sozial- und Umweltstandards zu befördern. Dialogpartner im Projekt sind u.a. öffentliche Institutionen, Unternehmen (u.a. Allianz, BASF, BMW, Faber-Castell, Freudenberg, HypoVereinsbank, Lammsbräu, Puma, Zapf-Creation), Politik, Gewerkschaften, Verwaltung, Verbände, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen. Finanziell gefördert wird das Projekt vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie der Bayerischen Staatskanzlei.

## 1. Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen

*Der Runde Tisch Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen* hat sich konstituiert aus VertreterInnen von großen und kleinen Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Ministerien, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen. Er wird durchgeführt in Kooperation von Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. und Institut für Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Philosophie (München) mit Unterstützung des DGB-Bildungswerks Bayern, des Landeskomitees der Katholiken in Bayern und von Mission – EineWelt, dem Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Ev.-Luth. Kirche in Bayern.

*Am Runden Tisch Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen* werden die wichtigsten Instrumente zur Förderung von Unternehmensverantwortung diskutiert. Gute Erfahrungen einzelner Branchen zeigen die Richtung für zukünftige Fortschritte an. Analysiert werden aktuelle internationale Entwicklungen und Probleme aus den unterschiedlichen Perspektiven der Beteiligten. Auf dieser Grundlage werden Anforderungen und Dienen für eine stärkere Beachtung und bessere Umsetzung von Sozial- und Umweltstandards formuliert.

Als Aufgabenschwerpunkte wurden u.a. identifiziert: Vereinheitlichung von Standards; Verbindlichkeit der Instrumente; Intensivierung der Verbraucherbildung; Information, Beratung, Austausch für kleinere und mittlere Unternehmen auf regionaler Ebene; Übernahme von Verantwortung und Steuerung durch die Politik auf internationaler, nationaler, regionaler und lokaler Ebene; Politikkohärenz in den verschiedenen Handlungsfeldern; Austausch zwischen den zivilgesellschaftlichen Akteuren im Norden und Süden.

*Der Runde Tisch Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen* versteht sich als kontinuierliche Plattform zur Beförderung des Dialogs über die weitere Entwicklung im Bereich Sozial- und Umweltstandards. Damit wird auch zum Ausdruck gebracht, dass von Unternehmen zunehmend die Übernahme sozialer und ökologischer Verantwortung erwartet wird. Hatte Milton Friedman noch die soziale Verantwortung von Unternehmen einzig in der Maximierung der Gewinne gesehen, so werden in der aktuellen Diskussion um Unternehmensverantwortung Begriffe wie ‚Corporate Social Responsibility‘ (CSR) oder ‚Corporate Citizenship‘ selbstverständlich benutzt. Unternehmen werden dabei auch Pflichten bzw. die

Übernahme von Verantwortung für Bereiche übertragen, die jenseits eng verstandener ökonomischer Dimensionen liegen. Eine wachsende Zahl von Unternehmen bekennt sich zu diesen, die jeweiligen gesetzlichen Vorgaben überschreitenden Pflichten und damit zu einer Unternehmensverantwortung, die die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards einschließt.

Gleichzeitig interessiert sich eine wachsende Zahl von Menschen dafür, unter welchen Bedingungen Produkte hergestellt werden. Immer mehr KonsumentInnen sind bereit, für fair produzierte und gehandelte Waren einen höheren Preis zu zahlen. Nichtregierungsorganisationen machen in Medien auf menschenunwürdige Produktionsbedingungen aufmerksam und fordern die Einbeziehung aller an der Produktion beteiligten Akteure, bis hin zu den Beschäftigten auf den Baumwollfeldern. Das wirkungsvollste Instrument der Nichtregierungsorganisationen gegenüber den großen Unternehmen ist dabei deren ‚Reputationsrisiko‘ - die Sorge der Firmen um ihr Image bzw. ihre ‚Marke‘. Es liegt also im Interesse von Unternehmen, darauf zu achten, keine Verletzungen international anerkannter Sozial- und Umweltstandards bekannt werden zu lassen.

Jedoch ist die Bandbreite der Verletzung von Sozial- und Umweltstandards sowie der Verstöße gegen die nach außen kommunizierte Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung nach wie vor groß. Einige Beispiele aus der jüngeren Zeit:

- Spielzeugfirmen wurde mehrfach die Nichteinhaltung von Umweltstandards nachgewiesen,
- Textilunternehmen (u.a. H&M) profitierten von Kinderarbeit bei Zulieferern,
- bei Siemens nahm Korruption konzernbedrohende Ausmaße an,
- die Außendienstler des Pharmaunternehmens Novartis mussten an Ethik-Schulungen teilnehmen, da einige Pharmareferenten ein neues Medikament mit Schecks und Vergnügungsreisen für Ärzte in den Markt drücken wollten,<sup>1</sup>
- jenseits der gängigen Subventionsmitnahme scheint Nokia beim Streben nach Gewinnmaximierung die Verantwortung für die Beschäftigten vergessen zu haben,
- Total wurde verurteilt für das Chartern eines schlecht gewarteten Tankers.

---

<sup>1</sup> Vgl. Nachsitzen in Ethik = Süddeutsche Zeitung vom 18.1.2008, Seite 21.

Darüber hinaus setzte sich die deutsche Automobilindustrie in der europäischen Debatte um Begrenzung von Verbrauch und CO<sub>2</sub>-Ausstoß mit intensiver Lobbyarbeit gegen vermeintlich zu strenge Richtwerte ein: BMW, Daimler und Porsche wurden am 4. Dezember 2007 für ihre massive Lobby-Offensive, verbindliche CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele für Autos zu verwässern und verzögern, mit dem ‚Worst EU Lobbying‘-Award ausgezeichnet.<sup>2</sup> Diese Lobbyarbeit verstößt zwar nicht gegen herrschende Umweltstandards, lässt sich mit Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung aber nur auf Umwegen und viel PR-Arbeit rechtfertigen.

Wenn in diesem Zusammenhang also über gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen gesprochen wird, sind karitatives Engagement oder sogenanntes „Sponsoring“ von Unternehmen nicht gemeint. Bei gesellschaftlicher Verantwortung von Unternehmen und der Umsetzung von Sozial- und Umweltstandards geht es nicht um die Unterstützung von Schulen und Kindergärten, Sportförderung, die Förderung kultureller Events oder Aktivitäten zur regionalen Image- und Beziehungspflege. Vielmehr wird der Unternehmenskern, die eigentliche Unternehmenstätigkeit in den Blick genommen.

Nichtregierungsorganisationen erheben hier keine übertriebenen Forderungen, sondern drängen auf die Einhaltung international verbindlicher Standards. So sollte die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation / International Labour Organization (ILO)<sup>3</sup> oder der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen nicht mehr mit einem Unternehmen diskutiert werden müssen, das sich zur Übernahme von ge-

---

<sup>2</sup> Organisiert wird die Preisvergabe (siehe [www.worstlobby.eu](http://www.worstlobby.eu)) jährlich vom Zusammenschluss der Vereine Corporate Europe Observatory, Friends of the Earth Europe, Lobbycontrol ([www.lobbycontrol.de](http://www.lobbycontrol.de)) und spinwatch, abgestimmt wird per offener Internetabstimmung.

<sup>3</sup> Siehe [www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/ilo\\_kernarbeitsnormen.htm](http://www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/ilo_kernarbeitsnormen.htm). Die vier Grundprinzipien der ILO haben in acht Übereinkommen, die auch als Kernarbeitsnormen bezeichnet werden, ihre konkrete Ausgestaltung erfahren:

- Übereinkommen 29 ‚Zwangsarbeit‘ (1930)
- Übereinkommen 87 ‚Vereinigungsfreiheit und Schutz des Vereinigungsrechtes‘ (1948)
- Übereinkommen 98 ‚Vereinigungsrecht und Recht zu Kollektivverhandlungen‘ (1948)
- Übereinkommen 105 ‚Abschaffung der Zwangsarbeit‘ (1957)
- Übereinkommen 100 ‚Gleichheit des Entgelts‘ (1951)
- Übereinkommen 111 ‚Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf)‘ (1958)
- Übereinkommen 138 ‚Mindestalter‘ (1973)
- Übereinkommen 182 ‚Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit‘ (1999).

sellschaftlicher Verantwortung bekennt. Es kann auch gar nicht oft genug darauf aufmerksam gemacht werden, dass sich die UN-Menschenrechtsdeklaration sowohl an die Völkergemeinschaft wie auch an den Einzelnen und alle Organe der Gesellschaft richtet. Die Menschenrechte nicht nur zu achten, sondern zu fördern, ist demzufolge für wirtschaftliche Akteure eine selbstverständliche Aufgabe.

Unternehmen, die sich aus Kostengründen entscheiden, ihre Produktion in Staaten zu verlagern, in denen die Einhaltung der Menschenrechte nicht ernst genommen wird, brauchen sich nicht zu wundern, wenn ihnen von Nichtregierungsorganisationen öffentlichkeitswirksam Verstöße gegen Sozialstandards vorgehalten werden. Jedoch sind nicht nur Unternehmen, sondern auch VerbraucherInnen und vor allem die öffentliche Hand für eine Umsetzung von Sozial- und Umweltstandards mitverantwortlich.

## 2. Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung

Staatliche Stellen sind in Europa wichtige Verbraucher, die rund 16% des EU-Bruttoinlandsproduktes ausgeben.<sup>4</sup> Jahr für Jahr erteilen Bund, Länder und Kommunen in Deutschland Aufträge in Höhe von rund 250 bis 300 Milliarden Euro. Kommunen und ihre Einrichtungen benötigen beispielsweise Computer, Natursteine, Textilien<sup>5</sup>, Nahrungsmittel, Blumen, Spielzeug oder Busse. Diese Produkte werden über öffentliche Ausschreibungen beschafft. Bei der Auswahl der Produkte geht es in der Praxis vor allem um die Funktionalität und den Preis – Nachhaltigkeitsaspekte bzw. die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards spielen oft nur eine untergeordnete Rolle.

Aber ist es wirklich verantwortbar, dass aus Kostengründen beim Bau einer neuen Schule Steine zum Einsatz kommen, die von Kindern unter lebensgefährlichen Umständen in ausländischen Steinbrüchen bearbeitet wurden? Stehen Kommunen und Gemeinden hier nicht in der Pflicht, öffentliche Gelder sozial verantwortungsbewusst auszugeben? Sollten sie ihre gewichtige Marktstellung nicht zu einer Umorientierung von Konsummustern

---

<sup>4</sup> Umweltorientierte Beschaffung! – Ein Handbuch für ein umweltorientiertes öffentliches Beschaffungswesen, hrsg. Vom Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg 2005, Seite 5 = [http://ec.europa.eu/environment/gpp/pdf/handbook\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/environment/gpp/pdf/handbook_de.pdf).

<sup>5</sup> Funktionsbekleidung für Feuerwehr, Bauhof, Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Grünpflege sowie Werbetextilien wie T-Shirts, Kappen, Taschen...

nutzen und mit starker öffentlicher Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen mit garantierten ökologischen und sozialen Standards Handel und Industrie Anreize bieten, ihre Angebote nachhaltig zu gestalten?

Der *Runde Tisch Bayern: Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung* präsentiert gute Beispiele von Kommunen bei der Integration sozialer und ökologischer Anliegen. Es wird auch darüber informiert, wie unter den aktuellen Rahmenbedingungen auf europäischer und nationaler Ebene die Integration von Sozial- und Umweltstandards in öffentliche Ausschreibungen gestaltet werden kann. Ebenso thematisiert werden Probleme bei der praktischen Umsetzung der nachhaltigen Beschaffung sowie die Identifikation von weiterem Handlungsbedarf. Beim ersten *Runden Tisch Bayern: Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung* am 16. Oktober 2006 im Münchner Rathaus erklärte Münchens Bürgermeister Monatzeder, dass die jahrelangen Aktivitäten der Kommune viele andere Groß- und EinzelverbraucherInnen dazu bewegen, „sich zukünftig ausführlicher über Herkunft und Produktionsbedingungen der von ihnen konsumierten Waren zu interessieren.“<sup>6</sup> Nürnbergs Bürgermeister Dr. Klemens Gsell erklärte beim zweiten *Runden Tisch Bayern: Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung* am 12. November 2007 im Nürnberger Rathaus, dass Lieferanten und ihre Zulieferer idealerweise durch Zertifikate die Einhaltung von global verbindlichen Sozial- und Umweltstandards nachweisen könnten.

In mehr als 100 Kommunen in Deutschland besitzen globalsoziale Aspekte der Nachhaltigkeit in der Beschaffung bereits einen hohen Stellenwert. Diese kommunalen Verwaltungen setzen sich mit den Auswirkungen ihres Handelns in anderen Teilen der Welt auseinander, haben einen Beschluss gegen den Erwerb von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit gemäß ILO-Konvention Nr. 182 gefasst<sup>7</sup> und übernehmen so globale Verantwortung. Die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards kann nicht nur von Unternehmen erwartet werden, sondern müsste auch für die öffentliche Hand – siehe Vorbildfunktion der öffentlichen Hand – selbstverständlich sein!

---

<sup>6</sup> Hep Monatzeder, Mit gutem Beispiel voran – München für eine gerechtere Welt, in: Fonari/Führ/Stamm, Kommunen und Eine Welt: Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung, Augsburg 2006, Seite 17 – 21, hier S. 19.

<sup>7</sup> Aktuelles Verzeichnis der Kommunen in Deutschland mit einem Beschluss gegen ausbeuterische Kinderarbeit siehe [www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de](http://www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de). Darüber hinaus gibt es eine bayerische Webseite mit Informationen für die öffentliche Hand, VerbraucherInnen und Unternehmen: [www.bayern-gegen-ausbeuterische-kinderarbeit.de](http://www.bayern-gegen-ausbeuterische-kinderarbeit.de).

Leider hat die Bundesregierung diesen Einrichtungen der öffentlichen Hand bisher keine Hilfestellung geboten, sondern ein solches Verhalten ermöglichende Überarbeitung der EU-Beschaffungsrichtlinien<sup>8</sup> bisher verschleppt. Sie hätte die europäische Vergaberichtlinie bis zum 31. Januar 2006 in nationales Recht umzusetzen gehabt. Federführend zuständig ist das Bundeswirtschaftsministerium.

Obwohl das Bundeswirtschaftsministerium in diesem Punkt bisher vermissen lässt, dass Soziale Marktwirtschaft auch die Vorgabe von Rahmenbedingungen durch die Politik einschliesst, haben inzwischen nicht nur zahlreiche Kommunen, sondern auch mehrere Bundesländer Verantwortung übernommen und Beschlüsse gegen den Erwerb von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit gefasst. Der Bayerische Landtag startete am 18. Juli 2007 mit dem fraktionsübergreifenden Beschluss 'Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens',<sup>9</sup> das Saarland folgte mit einem fast wortgleichen Beschluss am 12. September 2007.<sup>10</sup> Nachdem SPD und Bündnis 90 / Die Grünen zuvor einen Antrag „Gegen Ausbeutung und Menschenrechtsverletzungen – Für eine verantwortungsvolle öffentliche Beschaffung und Vergabe“ eingereicht hatten,<sup>11</sup> beschloss der Bremer Senat am 13. Dezember 2007, künftig auf Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu verzichten. Einen Tag später sprach sich der Sächsische Landtag dann fraktionsübergreifend dafür aus, dass im Freistaat Sachsen zukünftig Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit von der öffentlichen Beschaffung auszuschließen sind.<sup>12</sup> Wenig später reichte die Grünen-Fraktion im Landtag von Niedersachsen einen Antrag ein, der den Beschlüssen in Bayern und im Saarland glich. CDU- und FDP-Abgeordnete im Landtagsausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr reduzierten den Antrag jedoch

---

<sup>8</sup> Richtlinie 2004/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge sowie Richtlinie 2004/17/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Koordinierung der Zuschlagserteilung durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste.

<sup>9</sup> Bayerischer Landtag, Drucksache 15 / 8713 vom 18.7.2007.

<sup>10</sup> Beschluss am 12.9.2007 beruhend auf Antrag 13 / 1532-Neu vom 6.9.2007.

<sup>11</sup> Bremische Bürgerschaft, Drucksache 17 / 157 vom 27.11.2007. Quelle siehe [www.bremische-buergerschaft.de/drucksachen/181/4166\\_1.pdf](http://www.bremische-buergerschaft.de/drucksachen/181/4166_1.pdf).

<sup>12</sup> [www.landtag.sachsen.de/SLT\\_Online/de/infothek/aktuelles/sitzungskalender/popup\\_protokolle\\_db.asp?ID=511&DokArt=BP](http://www.landtag.sachsen.de/SLT_Online/de/infothek/aktuelles/sitzungskalender/popup_protokolle_db.asp?ID=511&DokArt=BP)

und gaben nur eine Beschlussempfehlung in Form eines Prüfantrages ab.<sup>13</sup> Auch in Nordrhein-Westfalen gelangte ein Antrag der Grünen vom 27.11.2007<sup>14</sup> dann vor Weihnachten auf die Tagesordnung des Landtags und wurde zur Beratung in die Ausschüsse verwiesen. In Baden-Württemberg gab es nach ersten vergeblichen Versuchen der Grünen schließlich eine fraktionsübergreifende Initiative,<sup>15</sup> die noch beraten wird. Der Hamburger Staatsrat forderte am 21. Januar 2008 gar die verpflichtende Einhaltung aller ILO-Kernarbeitsnormen.

Es ist erfreulich, dass sich in mehreren Bundesländern über alle Parteigrenzen hinweg Initiativen gegen ausbeuterische Kinderarbeit gebildet haben. Wesentlich hierzu beigetragen haben die in der Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl)<sup>16</sup> zusammengeschlossenen 16 Eine Welt Landesnetzwerke, die sich u.a. im bundesweiten ‚Forum Beschaffungswesen‘ in der agl austauschen.<sup>17</sup>

Auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion möchte inzwischen Kommunen motivieren, Beschlüsse gegen ausbeuterische Kinderarbeit zu fassen und nur noch Baumaterialien zu kaufen, die zweifelsfrei nicht von Kinderhänden hergestellt wurden. Mehrkosten bei der Beschaffung seien dabei in Kauf zu nehmen. Peter Götz, kommunalpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, im November 2007: „Wir müssen unsere Fußgängerzonen nicht auf dem Rücken von Kindern pflastern, die dafür ihre Gesundheit und ihr Leben ruinieren.“<sup>18</sup>

Diejenigen Kommunal-, Landes- oder Bundestagsabgeordneten, die sich solchen Initiativen (noch?) verweigern, sind mit allen demokratischen Mitteln - auch in ihren Wahlkreisen - auf ihr seltsames Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft bzw. Vorbildfunktion der öffentlichen Hand hinzuweisen.

---

<sup>13</sup> [www.landtag-niedersachsen.de/Drucksachen/Drucksachen%5F15%5F5000/4001-4500/15-4299.pdf](http://www.landtag-niedersachsen.de/Drucksachen/Drucksachen%5F15%5F5000/4001-4500/15-4299.pdf)

<sup>14</sup> Landtag Nordrhein-Westfalen, Drucksache 14 / 5572 vom 27.11.2007; [www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD14-5572.pdf?von=1&bis=0](http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD14-5572.pdf?von=1&bis=0)

<sup>15</sup> [www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/2000/14\\_2044\\_d.pdf](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/2000/14_2044_d.pdf)

<sup>16</sup> [www.agl-einewelt.de](http://www.agl-einewelt.de)

<sup>17</sup> Siehe auch die für agl und Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. herausgegebene Publikation: Fonari/Führ/Stamm, Sozialstandards in der öffentlichen Beschaffung. Grundlagen – Erfahrungen – Materialien, Hannover und Augsburg 2008.

<sup>18</sup> Siehe [www.presseportal.de/pm/7846/1087544/cdu\\_csu\\_bundestagsfraktion](http://www.presseportal.de/pm/7846/1087544/cdu_csu_bundestagsfraktion).

Möglichkeiten zur Umsetzung vor Ort gibt es genug. Länder sind u.a. für Dienstkleidung zuständig oder verwenden in ihren Einrichtungen Natursteine bei Baumaßnahmen. Kommunen sind Träger von Kindergärten und Kindertagesstätten (Spielzeug), unterhalten Kantinen (Lebensmittel), kaufen Blumen oder pflastern Plätze. Sie kaufen zwar keine Grabsteine, können aber ihre Friedhofssatzungen so gestalten, dass nur noch Grabsteine ohne ausbeuterische Kinderarbeit verwendet werden dürfen. Die bayerische Landeshauptstadt München war bundesweit die erste Kommune, die 2007 einen solchen Beschluss gefasst hatte. Inzwischen überprüfen auch Kirchengemeinden ihre Friedhofssatzungen und die ersten Diözesen setzen sich mit ihrem Beschaffungswesen auseinander.

### 3. Fazit

„Eine Welt-Politik ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Sie fußt auf dem Engagement und der Basisarbeit von Initiativen wie dem Eine Welt Netzwerk Bayern. Gemeinsam können wir einen Beitrag zur Bewältigung globaler Herausforderungen leisten und dazu beitragen, die Globalisierung nach unseren Vorstellungen zu gestalten“, so der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei und zugleich zentraler Ansprechpartner der Bayerischen Staatsregierung für Entwicklungspolitik, Staatsminister Eberhard Sinner.<sup>19</sup> Das Projekt ‚Globalisierung von Sozial- und Umweltstandards‘ hat in Bayern unerwartete Dimensionen erreicht: Nicht nur sind in Bayern mit Abstand die meisten Kommunen zu verzeichnen, die einen Beschluss gegen ausbeuterische Kinderarbeit gefasst haben, sondern hat auch der Bayerische Landtag eine bundesweite Vorreiterrolle eingenommen. Die beiden bayernweiten Runden Tische zu Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen sowie Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung haben sich etabliert.

Auf Bundesebene werden die Inhalte auch weiterhin u.a. über Publikationen, die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland e.V.<sup>20</sup> oder auch über die Teilnahme am *Deutschen Runden Tisch Verhaltenscodizes*<sup>21</sup> weitergegeben.

---

<sup>19</sup> Eberhard Sinner, Grußwort von Staatsminister Eberhard Sinner MdL, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, in: Fonari/Führ/Stamm (Hg.), Kommunen und Eine Welt: Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung, Augsburg 2006, Seite 13–16, hier S. 16.

<sup>20</sup> Siehe [www.agl-einewelt.de](http://www.agl-einewelt.de)

<sup>21</sup> Siehe [www.coc-runder-tisch.de](http://www.coc-runder-tisch.de)

In Bayern kann in diesem Zusammenhang die VerbraucherInnenbildung sicherlich noch ausgebaut werden. Weitere bayerische Ministerien sind für eine Unterstützung zu gewinnen. Insbesondere die bayerischen Ministerien für Soziales, Wirtschaft sowie Umwelt und Verbraucherschutz sind eingeladen, der bayerischen Legislative zu folgen und sich in den Dialog über Sozial- und Umweltstandards einzubringen. In Anbetracht mehrerer sich vorbildlich engagierender mittelständischer und multinationaler Unternehmen in Bayern sollte auch die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft ihren Sonntagsreden endlich Taten folgen lassen, ihre Diskussionsverweigerung aufgeben und ihre Mitgliedsverbände und deren Unternehmen offensiv für die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards gewinnen. Wenn Unternehmen, Verbände, VerbraucherInnen und öffentliche Hand sich gemeinsam für die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards einsetzen, wird dies im Wettbewerb gegen Unternehmen, die Kostendruck nach unten geben und durch nicht immer legale Mittel die Herstellungskosten senken bzw. aus ‚Sozial- und Umweltdumping‘ Profit ziehen, sehr hilfreich sein.